

Aus Bund und Ländern

Bewertungsausschuß lehnt Ablösung der Praxisbudgets ab

KÖLN. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung ist mit ihrem Vorstoß, die Praxisbudgets zum 1. Januar 1998 abzulösen, im zuständigen Bewertungsausschuß von Ärzten und Krankenkassen gescheitert. Gefordert hatte die Ablösung der Praxisbudgets die KBV-Vertreterversammlung im Mai dieses Jahres in Eisenach.

Der Länderausschuß der KBV hat die ablehnende Haltung des Bewertungsausschusses in seiner Sitzung am 25. September zur Kenntnis genommen. Zugleich stimmte das aus den KV-Vorsitzenden bestehende Gremium der Entscheidung des KBV-Vorstandes zu, den sogenannten erweiterten Bewertungsausschuß nicht anzurufen. Vorstand und Länderausschuß der Kassenärztlichen Bundesvereinigung vertraten übereinstimmend die Auffassung, daß die zwischenzeitlich diskutierten Alternativen zur Ablösung der Praxisbudgets als „reine Zwischenlösung für die Ärzteschaft unzumutbar sein würden“.

Der Länderausschuß forderte den Vorstand statt dessen auf, „alle Anstrengungen zu unternehmen, zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens zum 1. Januar 1999, die Praxisbudgets durch eine Neustrukturierung des EBM abzulösen“. JM

Arztzahlen sind moderat gestiegen

KÖLN. Im ersten Halbjahr 1997 haben 1 569 Vertragsärzte mehr an der kassenärztlichen Versorgung teilgenommen als im ersten Halbjahr 1996. Dies entspricht einer im Vergleich zum Vorjahr konstanten Zuwachsrate von 1,5 Prozent. Nach Angaben der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) ist die Anzahl

der Anästhesisten und der psychotherapeutisch tätigen Ärzte überdurchschnittlich gestiegen; die Zuwachsraten betragen 11,6 bzw. 10,7 Prozent. In den übrigen, besonders der Bedarfsplanung unterliegenden Arztgruppen lag die Steigerungsrate zwischen einem und zwei Prozent.

In der Gruppe der Praktischen Ärzte waren die Arztzahlen mit 10,6 Prozent rückläufig. Die KBV führt dies darauf zurück, daß wiederum viele Praktische Ärzte von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, sich durch Umschreibung als Allgemeinärzte führen zu lassen. Bei diesen betrug der Zuwachs 6,7 Prozent. SG

Niedersachsen: Streit um Honorarzahungen der Ersatzkassen

HANNOVER. Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen protestiert gegen Honorarverluste im ersten Quartal dieses Jahres. In einer Entschließung der Delegierten ist von dramatischen Honorareinbrüchen die Rede, deren Ursache in einer „unversöhnlichen Haltung der Ersatzkassen“ zu sehen sei. Die Vertreterversammlung wirft den Ersatzkassen vor, die Zahlungen für neu hinzugewonnene Mitglieder zu verweigern.

Die Lage der Vertragsarztpraxen, heißt es in der Entschließung weiter, habe sich derart verschlechtert, daß die medizinische und medikamentöse Versorgung der Versicherten dieser Kassengruppe in der bisherigen Form nicht mehr gewährleistet werden könne. JM

Fortbildungsauskunft durch Ärztekammer Baden-Württemberg

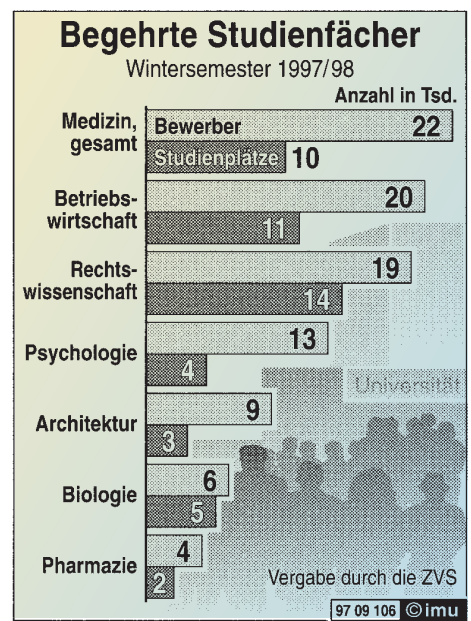
STUTT GART. Die Landesärztekammer Baden-Württemberg hat eine Fortbildungsauskunft eingerichtet. Seit dem 1. September kön-

nen sich Ärzte auf telefonische, elektronische oder schriftliche Anfrage über ärztliche Fortbildungsveranstaltungen in Baden-Württemberg informieren. Sobald das Deutsche Gesundheitsnetz (DGN) in Betrieb genommen wird, werden die Informationen zusätzlich über das Netz abrufbar. Die Auskunft ist erreichbar unter: Tel 07 11/ 7 69 89-30, Fax 7 69 89-82, e-mail 101377.1215@compuserve.com. EB

Urteil: Augenärzte dürfen Kontaktlinsen abgeben

DÜSSELDORF. Augenärzte dürfen ihren Patienten Kontaktlinsen anpassen und abgeben. Das Oberlandesgericht Stuttgart hatte in einem Rechtsstreit zwischen einer Augenoptikerin und zwei Augenärzten entschieden (Az.: 2 U 146/95), daß eine direkte Abgabe der Kontaktlinsen durch den Augenarzt zulässig ist.

Der Berufsverband der Augenärzte hat das Urteil begrüßt: Es bestünde weder berufs-, handwerks- noch wettbewerbsrechtliche Bedenken gegen die Abgabe von Kontaktlinsen durch Augenärzte. Das Anpassen von



Kontaktlinsen sei Teilgebiet ihres Faches. Damit behalte der Patient die freie Wahl, wo er die Linsen erwerbe. EB

Arzneimittel aus dem Supermarkt

BERLIN/BONN. Die Supermarktkette Aldi will in elf Bundesländern rezept- und apothekenfreie Medikamente anbieten. Das hat Ende September der Deutsche Industrie- und Handelstag bestätigt. Derzeit werden 3 000 Aldi-Mitarbeiter für den Verkauf der Präparate geschult und auf eine gesetzlich vorgeschriebene Sachkenntnisprüfung bei den Industrie- und Handelskammern vorbereitet. Nach Angaben des Industrie- und Handelstages gibt es auch bei weiteren Supermarktketten Überlegungen, Medikamente in das Sortiment aufzunehmen.

Zu Befürchtungen von Apothekern, der Verkauf von Medikamenten im Supermarkt könne zu unkontrolliertem Arzneimittelkonsum führen, verwiesen die Industrie- und Handelskammern auf die Sachkenntnisprüfung der Verkäufer. Die Prüfung sei nicht einfach. Wer sie bestehe, könne die Kunden vernünftig beraten. afp